

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 08.12.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. Pflanzung einer Linde auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz Vorlage: BJ/1621/2022	5
3 Bezeichnung Emil-Nolde-Weg Vorlage: FB6/1575/2022	5
4 Haushalt 2023	6
4.1 Lesung des Haushalts 2023 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste	6
4.2 Lesung des Haushalts 2023 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Veränderungsliste, Sperrvermerke und Beschlussempfehlung an den Rat	12
5 Bericht der Wirtschaftsförderung	18
6 Anträge	18
7 Anfragen	19
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	19
9 Termin der nächsten Sitzung: 14.02.2023	19
10 Verschiedenes	19

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Fabian Hasebrink
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Norma Köser ab 18 Uhr (Abstimmung zu TOP 11)
Frau Norma Köser	Ratsmitglied	abwesend ab 18 Uhr (Abstimmung zu TOP 11)
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Stephan Benninghoven	Wirtschaftsförderungsreferent
Frau Birgit Hülsers	Service Zentrale Dienste
Frau Sandra Kemper	
Herr Jens Kox	Service Finanzen
Herr Michael Marschall	Personalrat
Frau Claudia Müllejäns	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Wolfram Olbertz	Bereichsleiter Service Zentrale

Frau Franziska Salomon
Herr Dr. Marc Saturra

Herr Patrick Wirtz
Herr Frank Maatz
Herr Christian Volmerich

Dienste
Ratsbüro
Leiter Büro des Bürgermeisters
und Justizariat
Referent des Bürgermeisters
Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer

es fehlen:

von der CDU-Fraktion
Herr Fabian Hasebrink

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer im Publikum.

Er weist darauf hin, dass zunächst eine Beratung der TOPs 1 bis 3 erfolge, ehe sodann aus Gründen der Sitzungsökonomie der nicht-öffentliche Teil vorgezogen werde. Die Beratung des Haushaltes (TOP 4) sowie die weiteren Punkte des öffentlichen Teils würden dann nach dem nicht-öffentlichen Teil beraten. Der Ausschuss gibt hierzu sein Einverständnis.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Thema Konverter / Genehmigungsbescheid des Rhein-Kreises Neuss

Ein Bürger führt dazu aus, dass der Baustellenverkehr für die Errichtung des Konverters u.a. durch eine Wasserschutzzone führe und erkundigt sich, ob dem Antragsteller Amprion hierzu eine Genehmigung erteilt worden sei.

Justiziar Dr. Saturra führt aus, dass dies nur durch den Rhein-Kreis Neuss als Genehmigungsbehörde beantwortet werden könne. Der Stadt lägen trotz ihrer Betroffenheit nicht alle Genehmigungen und Erlaubnisse im vollen Umfang vor, da sie für die Erteilung von Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, nach dem der Konverter genehmigt worden sei, keine Zuständigkeit habe.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich nach der Höhe der Gewerbesteuer, die durch die Errichtung und den Betrieb des Konverters an die Stadt durch den Anlagenbetreiber Amprion zu richten sei.

Kämmerer Volmerich führt aus, dass sich die Höhe der Gewerbesteuer anhand der Zahl der Beschäftigten sowie dem Anlagenwert bemesse. Zum jetzigen Zeitpunkt könne noch keine verlässliche Prognose abgegeben werden.

Anträge nach §24 GO NRW

Eine Bürgerin erkundigt sich nach dem Verfahren zur Einbringung von Themen in Rat und Verwaltung. Einige Vereine und Interessensvertretungen wählten hierzu das Verfahren des Bürgerantrages nach §24 GO NRW, andere würden ihre Themen beim Bürgermeister platzieren, der diese Dinge dann in die politischen Beratungen einbringe.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass Gespräche zum Ideenaustausch und zur Einbringung von Anregungen und Beschwerden vereinbart und mit ihm geführt werden könnten. Sofern die eingebrachten Ideen verwaltungsseitig für fachlich geeignet und umsetzbar gehalten würden, erfolge eine entsprechende politische Beratung. Auch in der Vergangenheit seien Interessensvertretungen regelmäßig diesen Weg über die Bürgermeisterin / den Bürgermeister gegangen, um Projekte vorzustellen und anzuregen. Der Bürgerantrag stelle daneben den kommunalverfassungsrechtlichen Weg für Bürgerinnen und Bürger dar, Dinge in politische Beratungen einzubringen.

**2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. Pflanzung einer Linde auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz
Vorlage: BJ/1621/2022**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Bürgerantrag an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3 Bezeichnung Emil-Nolde-Weg
Vorlage: FB6/1575/2022**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt das Aufstellen einer Hinweistafel mit Informationen über Emil Nolde und seinen Bezug zum Nationalsozialismus. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Informationstext für die Tafel zu entwerfen und diesen dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1	1	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
GRÜN Alternativ		2	
UWG	1		
Die Fraktion		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	12	6	

Ratsherr Peters beantragt, den Inhalt des zugrundeliegenden Antrages auf Umbenennung des Emil-Nolde-Weges neben den in der Beschlussvorlage aufgeführten Beschlussempfehlungen ebenfalls zur Abstimmung zu stellen.

Ratsfrau Niegeloh und Ratsfrau Neukirchen plädieren für eine Umbenennung des Weges. Es sei inzwischen belegt, dass Emil Nolde Nationalsozialist und Antisemit gewesen sei, eine Straßenbenennung sei daher nicht angemessen. Eine Hinweistafel am Weg sei aufgrund seiner geringen Freqüenzierung nicht sachgerecht.

Ratsherr Damblon und Ratsherr Jörgens erklären ihre Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Das Aufstellen einer Hinweistafel sei vor dem Hintergrund der Haltung Noldes und zur entsprechenden Aufarbeitung und politik-historischen Einordnung angemessen.

Justiziar Dr. Saturra weist darauf hin, dass die Beschlussempfehlung der Verwaltung, die den ursprünglichen Antrag auf Umbenennung nicht mehr beinhalte, auf Grundlage der ersten Beschlussfassung des Ausschusses zum Antrag aus Juni fuße, nach der verwaltungsseitig Alternativen einer

Umbenennung geprüft und dargestellt werden sollten. Entsprechend schlage die Verwaltung gegenüber dem Antrag auf Umbenennung nunmehr die Errichtung einer Hinweistafel sowie alternativ die Beibehaltung des status quo - eine Benennung des Weges nach Emil Nolde ohne etwaige Hinweise - vor.

Ratsfrau Niededellmann-Siemes regt an, den Text der Hinweistafel im Ausschuss zu beraten. Dem wird gefolgt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag des Ratsherrn Peters zur Umbenennung des Weges – analog der ursprünglichen Antragstellung – abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten			
Bürgermeister		1	
Gesamt	7	11	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

4 Haushalt 2023

4.1 Lesung des Haushalts 2023 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltsansätze der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN-alternativ		2	
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	13	2	3

Bürgermeister Bommers führt aus, dass zum vorliegenden Entwurf des Haushaltes zunächst die Beratung zu den Produkten erfolge, für die der Ausschuss als Fachausschuss zuständig sei. Dies umfasse dies Produkte des Vorstandes, des Fachbereiches Bürgerbüro, Sicherheit und Ordnung, der Servicebereiche Zentrale Dienste und Finanzen sowie des Büros des Bürgermeisters und Justizariates sowie der Wirtschaftsförderung. Er weist zudem darauf hin, dass die Veränderungsliste der Verwaltung in die Beratung einbezogen werde.

Sodann ruft er die vorliegenden Änderungsanträge auf.

Antrag zum Vorbericht des Haushaltes S. 8Nr. 4.1-01 S. 8

Antrag der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen

Aufnahme von Folgen der Klimakrise in den Vorbericht des Haushaltes unter „Ziele und Strategien“

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zum Antrag aus.

Kämmerer Volmerich weist darauf hin, dass der Vorbericht Bezug auf den Haushalt und die Finanzlage der Stadt nehme. Der Umwelt- und Klimaschutz werde bei den einzelnen Investitionen berücksichtigt, hierdurch jedoch nicht als separate, große Budgetposition, die im Vorbericht zu erwähnen sei. Eine Definition von Zielen und Strategien, die im Haushalt keinen eigenen finanzwirtschaftlichen Schwerpunkt hätten, sei haushaltsrechtlich nicht sachgerecht.

Ratsherr Jörgens führt aus, dass dieses Thema auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen müsse und bei zahlreichen Projekten bereits Beachtung finde. Er regt an, im Rahmen des Strategieworkshops des Rates im kommenden Jahr eine gesonderte Betrachtung der Zielsetzung „Umwelt- und Klimaschutz“ anzustreben. Der vorliegende Antrag werde vor diesem Hintergrund zunächst abgelehnt.

Ratsherr Peters und Ratsfrau Niederdellmann-Siemes äußern ihre Zustimmung zum Antrag.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN-alternativ	2		
UWG			
Die FRAKTION			
Bürgermeister		1	
Gesamt	8	10	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Produkt 010 111 111 Veranlagung Steuern und Gebühren, S. 165Nr. 4.1-02 S. 165

Antrag der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen

010.111.111 52910000 Aufwendungen f. sonstige Dienstleistungen,

Beschaffung von Hundemarken: Ansatz neu in 2023ff 5.000 € (Ansatz alt 0 €)

Ratsherr Damblon führt aus, dass die Sinnhaftigkeit der Einführung von Hundemarken in der Fraktion hinterfragt würde, insbesondere würde die im Antrag genannte zusätzliche Steuersumme durch die Einführung und Kontrolle für deutlich zu hoch erachtet. Der Antrag würde daher abgelehnt, die Verwaltung solle jedoch beauftragt werden, die Möglichkeiten eines effizienten Einsatzes von Hundemarken oder ähnlichen Systemen zur Kontrolle der Anmeldung von Hunden zu prüfen.

Kämmerer Volmerich erläutert, dass derzeit ein neues Steuerveranlagungsverfahren zur Digitalisierung des Systems eingeführt werde, das eine Erfassung und Einbindung klassischer Hundemarken nicht abbilden könne. Bereits in der Vergangenheit sei die Einführung aufgrund des unverhältnismäßig hohen Aufwandes abgelehnt worden. Erste Kommunen testeten derzeit Lösungen mittels QR-Code, etwaige Erfahrungswerte sollten zunächst gesammelt werden. Ein erhöhter Verwaltungsaufwand für die Erfassung, Bearbeitung und Kontrolle sei dennoch zu erwarten.

Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt, dass der Antrag vor dem Hintergrund der Erläuterungen zurückgezogen werde. Die Verwaltung solle die Möglichkeiten einer digitalisierten Erfassung prüfen.

Der Antrag ist somit zurückgezogen.

Produkt 010 111 120 Service DV-Management und Telekommunikation S. 168Nr. 4.1-03 S. 168

Antrag der Fraktion GRÜN Alternativ

010.111.120 52550000 Unterhaltung d. sonst. bew. Vermögens

Einsparung der Aufwendungen für das Rats-TV: Ansatzreduzierung in 2023 um 30.000 €, Ansatz neu 2.410.000 € (Ansatz alt 2.440.000 €)

Die Anträge 4.1-03 und 4.1-04 werden zusammen beraten:

Ratsherr Peters führt zu den Anträgen aus, dass die ermittelten Kosten für eine Mikrofonanlage zu hoch seien und eine Anlage nach eigenen Recherchen zu deutlich geringen Kosten zu beschaffen

sei. Aufgrund der geringfügigen Nachfrage und Resonanz aus der Bürgerschaft auf den Live-Stream sei dessen Aufrechterhaltung vor dem Hintergrund der Kosten nicht zu rechtfertigen.

Ratsherr Damblon führt aus, dass das Thema erst im September im ADI evaluiert und beraten wurde, demnach solle die Testphase des Live-Streams ein Jahr betragen, ehe weitere Entscheidungen getroffen werden. Zudem sei ungeachtet dieses Angebotes eine neue Mikrofonanlage zu beschaffen, die auch die Möglichkeit digitaler und hybrider Gremiensitzungen ermögliche. Da auch dies zu zusätzlichen technischen Anforderungen führe, sei der Ansatz gerechtfertigt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes weist darauf hin, dass die Sinnhaftigkeit des Streams erhöht würde und auch die Attraktivität des Angebotes steige, wenn eine Aufzeichnung der Sitzungen im Nachgang noch abrufbar wäre. Hierzu müssten die Ratsmitglieder jedoch ihr Einverständnis erklären. Die Anträge würde abgelehnt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
GRÜN Alternativ	2		
UWG		1	
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister			
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.1-04 S. 170

Antrag der Fraktion GRÜN Alternativ

7.01010001 Erwerb von beweglichem Vermögen

Einsparung geschätzter Kosten der Mikrofonanlage von 130.000 €: Ansatzreduzierung in 2023 um 130.000 € auf 410.000 € (Ansatz alt 540.000 €)

Die Beratung zum Antrag erfolgt unter Nr. 4.1-03.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
GRÜN Alternativ	2		
UWG		1	
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister			
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Produkt 020 122 010 Öffentliche Sicherheit und Ordnung, S. 229

Antrag der SPD-Fraktion

020.122.010 52910000 Aufwendungen f. sonstige Dienstleistungen

Erhöhung aufgrund von angestiegener Rattenpopulation in Meerbusch: Ansatzerhöhung in 2023 um 10.000 € auf 215.000 € (Ansatz alt 205.000 €)

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt zum Antrag aus.

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass für die Bekämpfung Gift eingesetzt würde, eine weitere Steigerung der Bekämpfung ginge entsprechend mit Umweltbelastungen einher. Der Antrag werde daher abgelehnt. Grundsätzlich sollte bei vermehrten Bekämpfungseinsätzen auf die Vermeidung von umweltgefährdenden Giftstoffen geachtet werden.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
GRÜN Alternativ		2	
UWG		1	
Die FRAKTION		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	2	16	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Produkt 140 561 010 Umweltschutz, S. 682

Nr. 4.1-06 S. 682

Antrag der Fraktion „Die Fraktion“

140.561.010 52910000 Aufwendungen f. sonstige Dienstleistungen

Erstellung eines kommunalen Masterplans Ladeinfrastruktur: Ansatzerhöhung in 2023 um 100.000 € auf 260.700 € (Ansatz alt 160.700 €), Ansatzerhöhung in 2024 um 200.000 € auf 253.000 € (Ansatz alt 53.000 €), Ansatzerhöhung in 2025 um 200.000 € auf 233.700 € (Ansatz alt 33.700 €)

Ratsherr Nowak führt zum Antrag aus.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG		1	
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	7	11	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.1-07 S. 682

Antrag der Fraktion „Die Fraktion“

140.561.010 53180000 Zuwendungen u. Zuschüsse an übr. Bereiche

Förderung von steckerfertigen Erzeugungsanlagen (PV) bis 600W für Mieter: Ansatzerhöhung in 2023 um 10.000 € auf 20.000 € (Ansatz alt 10.000 €)

Ratsherr Nowak führt zum Antrag aus.

Ratsfrau Niegeloh erklärt ihre Zustimmung zum Antrag, damit auch Mietern die Möglichkeit gegeben werde, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen.

Ratsherr Jörgens weist darauf hin, dass die derzeitige Verfügbarkeit entsprechender Anlagen gering sei. Zudem sei eine Leistung von 600 Watt nur ein marginaler Anteil am Energieverbrauch einer Wohnung, sodass von Energieautarkie durch einen etwaigen Einsatz keine Rede sein könne.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	8	10	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Bürgermeister Bommers weist auf die vorliegenden Veränderungslisten der Verwaltung hin, sodann ruft er den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses an den Rat auf und lässt über diesen abstimmen.

4.2 Lesung des Haushalts 2023 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Veränderungsliste, Sperrvermerke und Beschlussempfehlung an den Rat

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2023 einschließlich beschlossener Veränderungen samt Anlagen wird dem Rat in der nunmehr vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung gem. § 80 Abs. 4 GO NRW empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ		2	
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	13	4	1

Bürgermeister Bommers führt aus, dass in die 2. Lesung des Haushaltes durch den Ausschuss als Finanzausschuss die vorgelagerten Beschlüsse sowie die Veränderungslisten aus den Fachausschüssen einbezogen würden, ebenso die Liste der Sperrvermerke.

Sodann ruft er die Anträge zur Beratung auf, die aus den Fachausschüssen an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zur Entscheidung verwiesen wurden.

Nr. 4.2-01 S. 137

Antrag des Vereins „Kleene Strömper“

010.111.080 Serviceleistungen Baubetriebshof 7.01005195 Bewegungspark Strümp,
Ansatzhöhung um 22.000 € auf 22.000 € in 2023 (Ansatz alt 0 €) mit SPERRVERMERK

Bürgermeister Bommers führt zum vorliegenden Antrag aus.

Ratsherr Damblon führt aus, dass dem Antrag zugestimmt werde, allerdings mit Sperrvermerk, um eine weitere politische Beratung hinsichtlich der Umsetzung zu sichern.

Ratsherr Peters bittet um Aufklärung, warum der Antrag nicht als Bürgerantrag nach §24 GO NRW gestellt worden sei. Bürgermeister Bommers erklärt, dass etwaiges Prozedere des Vorsprechens von Vereinen und Interessensvertretungen beim Bürgermeister nicht neu und nicht ungewöhnlich sei. Die Verwaltung prüfe entsprechende Eingaben sodann auf ihre fachliche Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit und bringe die Themen in die politischen Beratungen ein. Die Errichtung eines Bewegungsparks durch die Kleenen Strömper analog der bestehenden Anlagen in anderen Stadtteilen werde befürwortet, lediglich die Antragstellung des Vereins sei verspätet erfolgt, weshalb die entsprechenden Mittel nicht bereits frühzeitig durch die Verwaltung in den Entwurf des Haushaltes eingeflossen seien.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen, im Haushalt 2023 werden Mittel in Höhe von 22.000,- Euro für einen Bewegungspark in Strümp berücksichtigt. Die Mittel erhalten einen Sperrvermerk.

Nr. 4.2-02 S. 589

Antrag der Fraktion GRÜN Alternativ

120.541.010 Straßen, Wege, Plätze – 4321000 Gebühren und ähnl. Entgelte,

Verzicht Terrassengebühr im Jahr 2023: Ansatzreduzierung in 2023 um 27.000 € auf 0 € in 2023 (Ansatz alt 27.000 €)

Ratsherr Damblon erklärt die Ablehnung des Antrages, da der seinerzeitige Verzicht unter Verweis auf Umsatzeinbußen in der Gastronomie durch die Einschränkungen der Pandemie beschlossen worden sei. Diese Einschränkungen seien inzwischen aufgehoben. Zudem seien Kostensteigerungen in allen Bereichen der Wirtschaft zu verzeichnen, weshalb eine alleinige Besserstellung der Gastronomie nicht angezeigt sei.

Ratsfrau Glasmacher erklärt ihre Zustimmung zum Antrag.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	6	12	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

Bürgermeister Bommers ruft sodann zum Gesamtempfehlungsbeschluss des Ausschusses als Finanzausschuss an den Rat zunächst die Abstimmung zu den einzelnen Produktbereichen des Haushaltes auf.

Produktbereich 010 Innere Verwaltung, S. 96

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ		2	
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	13	2	3

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung, S. 224

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben, S. 254

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ		2	
UWG	1		
Die FRAKTION	1		1
Bürgermeister	1		
Gesamt	15	2	1

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft, S. 339

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 050 Soziale Leistungen, S. 375Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommenProduktbereich 060 Kinder, Jugend- / Familienhilfe, S. 417

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	17		1

Produktbereich 080 Sportförderung, S. 489

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	15		3

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFO, S. 503

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 100 Bauen und Wohnen, S. 522

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung, S. 541

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/-anlagen, ÖPNV, S. 584

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	15	2	1

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege, S. 654

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	1		1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ		2	
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	14	2	2

Produktbereich 140 Umweltschutz, S. 679

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG		1	
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	14	3	1

Produktbereich 150, Wirtschaft und Tourismus, S. 687

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 160, Allgemeine Finanzwirtschaft, S. 703

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
GRÜN Alternativ	2		
UWG	1		
Die FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	15	2	1

Produktbereich 170 Stiftungen, S. 725

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen

Sodann erfolgt der Gesamtempfehlungsbeschluss des Ausschusses an den Rat gemäß §80 Abs. 4 GO NRW.

5 Bericht der Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderungsreferent Benninghoven führt anhand einer Präsentation zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftsförderung aus und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. Es besteht Einvernehmen, etwaige Berichte wieder regelmäßig auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis

Weiterhin berichtet die Verwaltung:

Beschlussvorlagen zu Gebührensatzungen

Kämmerer Volmerich weist darauf hin, dass aufgrund einer kurzfristig durch den Landtag beschlossenen und bekannt gemachten Änderung des Kommunalabgabengesetzes vor dem Hintergrund der Rechtsprechung zur kalkulatorischen Verzinsung von Anlagegütern eine Anpassung der Beschlussvorlagen für die kommende Sitzung des Rates erfolgen müsse.

9 Termin der nächsten Sitzung: 14.02.2023

10 Verschiedenes

Leerung an Containerstandorten

Ratsfrau Glasmacher weist darauf hin, dass die Leerung der Altglas- und Altpapiercontainer offensichtlich nicht mehr im üblichen Rahmen erfolge. Durch ausfallende Leerungen sammelten sich Altpapier und Altglas an den Standorten und sorgten für Verschmutzungen. Sie regt eine entsprechende Prüfung der Abfallgebühren an.

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass die Problematik bekannt sei und weitergehend mit dem Entsorgungsdienstleister erörtert würde. Das Thema werde entsprechend weiterverfolgt.

Integrationsrat

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes weist darauf hin, dass im Integrationsrat die Umbenennung des bestehenden Fonds für Integration in „Fonds für Integration und Demokratie“ beraten worden sei. Mangels Antragsrecht zum Haushalt könne dies aus dem Integrationsrat heraus jedoch nicht beschlossen werden. Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, dieser Umbenennung zuzustimmen. Die Verwaltung nimmt dies entsprechend auf.

Flachstartverfahren am Flughafen Düsseldorf

Ratsfrau Glasmacher erkundigt sich nach dem Sachstand zur Anwendung bzw. Abschaffung des Flachstartverfahrens und den entsprechenden Beratungen der Fluglärmkommission. Bürgermeister Bommers sagt eine schriftliche Beantwortung im Nachgang zur Sitzung zu.

Meerbusch, den 14. Dezember 2022

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer